

Wöchentliche Anzeiger

für Tübingen

und Umgebung



Abonnementpreis: Die Jahrgangspostkarte 50. — W., Postamtseite 100. — F.

Abonnementpreis in der Provinz: Die Jahrgangspostkarte 50. — W., Postamtseite 100. — F.

Einzelheft wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Verlagsanstalt 450.00 RM.
von unserer Verlagshaus 465.00 RM.
Einzelnummer 40.00 RM.

Bezugsbedingungen und monatliche Bezüge werden außer in der Zeitschrift, Zeitung Nr. 10, auch von unseren Verlegern mit allen Postämtern ausgetauscht.

Amliches Verkündungsblatt für die Stadt Tübingen.

Nr. 22

Donnerstag, den 22. Februar 1923.

62. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Bonar Law erklärte neuerdings im Unterhause, daß die britische Regierung vorläufig weder eine Intervention in Spanien noch ein Beteiligungsrecht in Frage komme.
— Poincaré gab im Kammerauschuß Erklärungen über die Ruhrbesetzung ab.
— Bei der allgemeinen Beschlagnahme von Geldbeträgen in Belgien ist auch ein Teil der Ruhrbesetzung, darunter ausländische Devisen, den Franzosen in die Hände gefallen.

Der Oberbürgermeister Köstgen von Düsseldorf wurde verhaftet und ausgewiesen.
— Die Eisenbahnen der Ruhr sind von den Franzosen nun besetzten Bahnhöfen der Linie Reus-Düren haben es abgesehen, ihrer französischen Oberhoheit zu arbeiten, und sind deshalb von den Bahnhöfen vertrieben worden.

In Trier und Umgebung werden starke Truppenkonzentrationen nach der Ruhr beobachtet. Man zählte 15 Militäreinheiten mit Artillerie, Panzern und Panzerfahrzeugen.

In der Gegend von Mons freuten die belgischen Bergarbeiter beinahe vollständig. Von 37 000 befinden sich 25 000 im Auslande.

Hilfe von England?

— Immer noch gibt es bei uns in Deutschland zahlreiche Leute, die da glauben, England würde uns schließlich helfen. England könnte es nicht haben, daß Frankreich Deutschland und damit den Rest des kontinental-europäischen Wirtschaftslebens zerstückelt und sich zum mittelmäßigen und wirtschaftlichen Herrn Europas mache. England müsse und werde daher eines Tages eingreifen.

— Aber liegen denn die Dinge wirklich so? Der Verlauf der letzten Debatte im englischen Unterhause dürfte wohl auch denen, die immer noch an England glauben, endlich die Augen geöffnet haben. Nicht die geringste praktische Hilfe haben wir von England zu erwarten. Nicht nur die Opposition, die Arbeitparteien, die Liberalen und die jetzt maßlose Lloyd George, sondern auch die Regierung, ja sogar die französischfreundlichen Konventionen senden treffliche bezeichnende Worte über die französische Gewaltpolitik. Sie alle wissen ganz genau, worauf Poincarés Politik hinausgeht, sie kennen ihre Straflosigkeit und Rechtswidrigkeit genau und tadeln sie öffentlich. Trotzdem aber denken sie nicht daran, Belgien einzufordern, denn — so sagen sie — die Entente dürfte nicht auseinanderfallen, England müsse zu Frankreich halten. Ja, selbst die Entschädigung des völlig in Frankreichs Sinne arbeitenden Völkerbundes anzurufen, lehnte das Unterhaus ab. Warum? Weil Frankreich sich dieser Anrufung widersetze.

England braucht heute Frankreich. Damit erklärt sich alles. Englands Interessen gingen nach der Wiederherstellung Deutschlands nach ganz anderen Rücksichten. Das britische Weltreich teilt Weltmacht, Ästen und Indien ist für Großbritanniens wichtiger, doch nicht einkaufbar, als sein Vorkriegsland. Unter diesen Umständen ist Frankreichs Macht auf den europäischen Kontinent aus und nicht für sich andererseits im nahen Orient bei den Türken und in Syrien ein. So hatte Frankreich, seit ersterer in der Intrigue groß, zwei wichtige Stützpfeiler in der Hand, die es im diplomatischen Spiel mit England gegeneinander ausspielte. Bei all den Konferenzen seit dem Friedensvertrag spielte neben dem Problem der deutschen Reparationen das des nahen Ostens eine Rolle. Und daß Lloyd George in allen Deutschland betreffenden Fragen immer wieder unzufrieden war (und noch ist) als das deutsche. Und immer noch hat Frankreich im nahen Orient Positionen in der Hand, die es England ratlos erscheinen lassen, es nicht mit den Franzosen zu verderben.

Denn, mit Gewalt Frankreich zurückzubringen, ist England nicht imstande. Das englische Meer ist wieder abgerüstet, das Volk kriegerisch, die französischfreundliche Presse hat den Deutschenhass viel zu weit in das Volk eingebürgert, als daß dieses jetzt für Deutschland gegen Frankreich die Waffen ergreifen würde, die große englische Flotte hat im Weltkrieg ihre Präsenz der Unberührbarkeit verloren. In der Hilfe des Kanals aber haben keine französische Batterien, denen es heute ein Zeichen ist, London zu beschießen, hinter ihnen aber liegt das heute größte und bestbewaffnete Heer der Welt, das einzige, das seine Kriegserklärung noch nicht abgelegt hat.

Und nicht zuletzt: Die Besetzung des Ruhrgebiets, so gefährlich wie für die europäische Wirtschaft für die Dauer ist, hat der englischen Wirtschaft zunächst einen nicht zu unterschätzenden Vorteil gebracht. Sie hat eine Hauptquelle der Rohenerzeugung Mitteleuropas zunächst verschloßen. Von Deutschland, Holland, und Frankreich aus mußten infolge dessen große Kohlenbestellungen in England aufgegeben werden. Und der Engländer ist nicht der Mann, der eine solche Gelegenheit nicht auszunutzen sollte.

Wir Deutschen haben also vorerst im Kampfe gegen Frankreich nicht die geringste englische Hilfe zu erwarten. Darüber müssen wir uns klar sein. Wir können nichts anderes tun, als Deutschland der Varnbergschei Gottes empfehlen, — sagte mit echt englischer Heuchelei Lloyd George. Ein deutsches Sprichwort aber sagt: „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott!“ Und wenn wir auch waffenlos sind, wehrlos sind wir darum doch noch lange nicht, das zeigt der zähe passive Widerstand der Ruhrbevölkerung. Wenn das ganze deutsche Volk fest und in unerlöschlicher Einigkeit in der Abwehr zusammensteht, dann wird sich auch Poincaré die Hände ansetzen. Dann erst aber werden wir auch andere helfend beibringen, früher nicht.

Der Angeklagte hat das Wort.

Poincaré über sein Ruhrabenteuer.

Am Montag hat Poincaré dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten die angekündigten Erklärungen über die Lage im Ruhrgebiet und im nahen Osten abgegeben. Seine Rede wurde jedoch nach 3½ Stunden unterbrochen um nächste Woche fortgesetzt zu werden.

Poincaré sprach zunächst über die Remeter Frage. Er verweigert dabei nicht die Schwierigkeiten, die aus der Faltung der kaiserlichen Regierung entstanden sind und die noch fortdauern. Die Ruhe ist noch keineswegs hergestellt. In der Gegend von Kono sind neue Truppenbewegungen festzustellen, durch die Polen in hohem Grade sich beunruhigt fühlt. Nach diesem Teil seiner Ausführungen wandte sich Poincaré den Umständen zu, die zur

Besetzung des Ruhrgebiets

führen, wobei er auf Grund von Dokumenten eine Darstellung der sogenannten absichtlichen Verletzungen Deutschlands in den Reparationen gab und die Notwendigkeit für Frankreich, feststehende, Schäden zu nehmen. Die militärische Besetzung des Ruhrgebiets sei methodisch vorbereitet worden und habe nach einem schon vor langer Zeit festgelegten Plan stattgefunden. Die deutsche Regierung habe gleich in den ersten Tagen dieser Besetzung Frankreich Schwierigkeiten zu machen versucht. Sie habe sowohl im Eisenbahn- wie im Postverkehr die Angelegenheiten zum Arbeitsausstand aufgeföhrt, worfür Beweise beigebracht werden können. Aus der Statistik über die bisherige Besetzung gab Poincaré folgende Einzelheiten bekannt:

Die Besetzung umfaßt im Ruhrgebiet 2800 Quadratkilometer, ein Gebiet, dessen jährliche Kohlenproduktion 80 Millionen Tonnen beträgt. Außerhalb der Besetzung bleiben nur 500 Quadratkilometer mit 8 Millionen Tonnen Produktion übrig. Von 14 500 Kohlenfeldern sind 14 200 im Besetzungsgebiet einbezogen. Von einer Bevölkerung von 3½ Millionen befinden sich 3 Millionen in dem durch die Zoll-Linie umschriebenen Besetzungsgebiet. Von 500 000 Bergarbeitern sind bloß 50 000 außerhalb des besetzten Gebietes beschäftigt. Mit einem Worte, neun Zehntel der Ruhrproduktion werden von Frankreich und Belgien konsumiert.

Betreffs der militärischen Organisation rühmte Poincaré die Tätigkeit des Generals Degoutte, der ein Organisator von hohen Fähigkeiten sei. Neben ihm sei eine Abordnung von ungefähr 60 französischen, belgischen und italienischen Ingenieuren tätig, an deren Seite noch englische Ingenieure treten würden (?). Diese Abordnung steht unter der Leitung des Kommandeurs Goffe. Sie selbst ist nicht imstande, das Ruhrgebiet industriell auszubauen, das wäre unmöglich, sie kann es nur kontrollieren.

Der deutsche Widerstand.

So fuhr Poincaré fort, hat sich in den letzten Tagen verhärtet und hat sich durch die Sabotage von Maßnahmen hervorgerufen. So sind 293 höhere Beamte des Rheinlandes und 50 Beamte des Ruhrgebietes trotz der Einsprüche der deutschen Regierung ausgewiesen worden. Andere wurden durch Kriegserichte zu Gefängnisstrafen verurteilt. Poincaré führte weiterhin aus, daß die Herrschaft über das Ruhrgebiet im Ruhrgebiet zugleich den Schlüssel für die Reichtümer dieser Industriegebiete darstelle. Vor der französischen Besetzung arbeiteten in dem ganzen Gebiet 580 Personen und 620 Güterzüge mit einem Eisenbahnpersonal von mehr als 100 000 Angehörigen. Die Besetzung verfestigt nur über 9 600 Angehörige, die aber, wie es scheint, dazu ausreichen, den stark verkleinerten Betrieb sicherzustellen (?). Notwendigenfalls wären die französischen Eisenbahngesellschaften in der Lage, das ganze notwendige Personal zu stellen. Bis hierher seien mehr als 1000 Kohlenmo-

gen (?) in Frankreich eingekauft. Ueber die Besetzung der englischen Zone gab Poincaré zum Schluß vertrauensvolle Mitteilungen bekannt.

Der Vorsitzende der Kommission, Lehges, dankte Poincaré für seine bisherigen Erklärungen, die es der Kommission erlauben, sich über die wichtigsten und wichtigsten Politik Frankreichs und die großen und festen Methoden, die zum Schutze der französischen Interessen angewandt werden, Redensart abzugeben. Jegendliche Beisprüche wurden ihm nicht gefast.

Ein weißer Haie.

In der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ wird eine Unterredung mit dem früheren Oberkommandierenden der alliierten Truppen im Orient, General Sarrail veröffentlicht. Sarrail wendet sich scharf gegen Poincarés Politik im Ruhrgebiet und im Asten. Diese Politik beraube Frankreich für immer des Rufes des Edelmuten. Das einzig sichere Ergebnis der Ruhr-Expedition seien die Kosten. Die von Poincaré verbrochenen Tausende von Tonnen Kohlen seien ausgeblieben. Sarrail schließt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß Frankreich jetzt von England verlassen, von ganz Europa gefast und von Deutschland für immer verabsöhnt werde.

England abwartende Haltung.

Die Jordauer der Entente wünschen sich.

Im englischen Unterhause antwortete Bonar Law auf verschiedene Anfragen, die englische Regierung habe verschiedene Beschlüsse mit den französischen Vertretern (Es Troquer usw.) besprochen, er halte es aber für inopportun, jetzt schon eine Erklärung darüber abzugeben.

Die Debatte über die Rhonrede wurde sodann durch Lloyd George, das frühere Kabinettsmitglied, fortgesetzt, der den gemeinsamen Liberalen Antrag vorbrachte, nach dem die Reparationsfrage dem Völkerbunde zur Entscheidung unterbreitet werden soll. Auch die amerikanische Regierung soll dazu eingeladen werden. Der Redner betonte, wenn auch die Mehrheit des englischen Volkes nicht wünsche, sich an dem Ruhrabenteuer der französischen Regierung zu beteiligen, so sei es doch wünschenswert, die Verhandlung zwischen den beiden Ländern auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Man fürchte aber in England, daß von Deutschland wieder eine Summe verlangt werde, die zu zahlen, es völlig ungenügend sei, und daß man dem Dilemma dazu ausweichen wird, die Besetzung auf unbestimmte Dauer auszuweiten. Für die konservative Partei sprach Lord Robert Cecil: er forderte, daß zuerst die praktischen Ergebnisse der Aktion abgewartet werden müssen, ehe das Parlament bestimmte Beschlüsse fassen könne. Ohne die Freundschaft zwischen England und Frankreich könne überhaupt kein europäisches Problem gelöst werden.

Ein Rede Lloyd George.

Darauf fuhr Lloyd George, der ausführte, der vorliegende Antrag bedeute ein Mißtrauensvotum für die Regierung, denn man könne nicht für darüber überein, daß die Jordauer der Entente durch das so in Frage gestellt sei. Diese Freundschaft jedoch verpflichte England keineswegs dazu, mit jeder Maßnahme jedes französischen Ministeriums einverstanden zu sein. Im derartig scharfen Vorgehen der Franzosen sei in keinem einzigen Punkte der Reparationsfrage begründet. Er gab dann einen Ueberblick über die verschiedenen Vorschläge, die während seiner Amtszeit gemacht, aber ebenso wie diejenigen des Kabinetts Bonar Law von Poincaré zurückgewiesen worden seien. Die Reparationsansprüche seien gerechtfertigt, aber wenn die französische Aktion verlagte, seien auch die Reparationen verloren, wenn sie glückte, seien die Kosten größer als der Erfolg gewesen. Der ursprüngliche Plan der Franzosen sei gestöhrt, jetzt versuchten sie neue methodische Unterdrückungen und Zwangsmaßnahmen.

Bonar Law's Schlusswort.

Nach der Rede Lloyd Georges nahm Bonar Law das Wort zu folgenden Ausführungen:
„Ich beabsichtige nicht, das wir mit der jetzigen Lage zufrieden sind. Ich habe im Gegenteil schon ausgedrückt, daß wir mit ihr sehr unzufrieden sind. Aber es würde die jetzige Situation nicht verbessern, wenn zu den anderen Gefahren, die Europa bedrohen, auch noch die Gewissheit käme, daß England mit Frankreich einverstanden sei.“
Bonar Law erklärte, der Antrag nicht zu stimmen zu können, daß bei einem zukünftigen England mit Frankreich in der Ruhrfrage Deutschland die Bedingungen Frankreichs annehmen würde, denn die französische Politik beziehe darin, Sanktionen zu ergreifen und unmögliche Bedingungen durchzuführen. Bonar Law glaubt, daß Deutschland

Seine letzte Stellung einnimmt, weil es die innerlichste Teil der Beziehungen zwischen den beiden Nationen ist. Inzwischen ist sehr davon die Rede, würde eine jegliche Intervention Englands von Frankreich als ein feindseliger Akt angesehen werden. Wenn man jedoch mit der Intervention wartet, bis sich für sie eine günstige Gelegenheit bietet, so wäre das eine feindselige Politik.

Für den Ausbruch der englischen Truppen in Ostafrika, so für die Währungsreform, liegt bei der gegenwärtigen Lage kein günstiger Grund mehr vor; es liegt aber im Interesse der Engländer, daß die englischen Truppen weiterhin solange wie möglich im Abzug bleiben. An den Völkern zu appellieren, so meinte Donar, wäre im Augenblick zwecklos, da man wisse, daß ein solches Vorgehen gegen Frankreich nicht unterlassen werden würde.

Wählung des Hörsalen Unterzuges.

Bei der Abstimmung wurde der liberale Zusatzantrag, der die Intervention des Hörsalens in der Aufzählung fordert, mit 395 gegen 196 Stimmen abgelehnt. Die Regierung hat somit eine Mehrheit von 199 Stimmen.

Nach der „Times“ ist die unerwartet große Regierungsmehrheit von 199 Stimmen zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich etwa 20 der Arbeitern der Regierung anstellten. Die Sitzung wurde dann am 12 Uhr vertagt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung nahm Aquilid das Wort, um den Zusatzantrag der Unabhängigkeitsdeklaration über Mesopotamien zu befürworten.

Der Tag.

Geisler amtiert in Eberbach. Der aus Düsseldorf ausgewiesene Regierungsrat Geisler ist in Eberbach angelangt und führt von dort aus seine Dienstgeschäfte weiter. Ebenso werden die Geschäfte des Bezirksrats Offenbach von Gegenbach aus durch Oberamtmann Schwörer geleitet.

Erhebung des Frachttariffen. In dem Entwurf eines Gesetzes über die Veranschlagung der Geldentwertung in den Steuererlassen, der zurzeit dem Reichstag vorliegt, wird auch die Aufhebung des Frachttariffen vorgeschlagen, da die Erhebung dieses Stempels wegen ihrer geringfügigkeit zu der Geldentwertung und zu den gestiegenen Frachten außer jedem Verhältnis stehen und der Frachttariff bereits durch die Beförderungssteuer betroffen wird.

Die Verhaftung des Düsseldorfer Oberbürgermeisters.

Düsseldorf, 20. Februar. Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Köttgen ist verhaftet und ausgewiesen worden, weil er sich geweigert hatte, eine Befehlsanordnung der Befehlshaber der in den Zeitungen weiter zu geben. Er ist nach Wehl gebracht worden. Die Verhältnisse der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden proklamieren in einer Entschuldigungs- und Ausweisung der Regierungsräte Köttgen und des Oberbürgermeisters Köttgen.

Requinte als Schutzpatron der Landbesitzer.

Essen, 20. Februar. Den Essener Behörden sind zwei Verordnungen des General-Regiments zugangsweise. Die eine betrifft alle die landbesitzenden Eigentümer, die eine Verpflegung des Soldaten, nach der anderen wird die Einführung von Schmelzmetallen, Stahlbarren, Rohisen, gewalztem und Stahlblech, phosphorhaltigen Erzen, weißen Schmelzmetallen, Metallkonstruktionen, Maschinen oder Maschinenteilen, Handwerkzeug, elektrischer Zubehörteile und Fertigfabrik verboten. In dieser Verordnung heißt es ausdrücklich: „Die Lebensmittelausfuhr wird bis auf weiteres verboten bleiben.“

Verbarbarische Behandlung der Saugkinder.

Essen, 10. Februar. Ueber die Unterbringung der von den Franzosen gefangen genommenen Herren in Bredeben wird bitter geklagt. Im Bredebenor Gymnasium

haben die für die Franzosen ein Mann begabter worden, in dem für 20 Personen Platz ist, während tatsächlich dort zeitweise bis 50 Personen untergebracht wurden. Die Herren Oberbürgermeister Habenstein, Bürgermeister Schäfer und andere befinden sich in Einzelzellen im Hofhofe zu Bredeben.

Seine amerikanische Intervention.

Einige Interventionen folgten wurde in Washington erfordert. Solange englische Aufstellungen in Mexiko, bei einer amerikanischen Intervention nicht kommen kann, werden die Vereinigten Staaten keinerlei Schritte in den europäischen Angelegenheiten unternehmen.

Wenig. Die französischen Besatzungsstruppen haben Mexiko in aller Eile geräumt. Die Marine wurde von den Mexikanern bezogen. Die Franzosen begaben sich auf ihre im Hafen liegenden Schiffe.

Wenig. Bundesminister Dr. Schiel und Außenminister Gieseler sind für zwei Tage nach Belgien gefahren, um wegen Verhältnisse eines politischen und Handelsvertrages zu verhandeln.

Wenig. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß ein Vertrag zwischen Dr. Richter zum Finanzminister gestellt werden soll.

Wenig. Die Reichsleiterkonferenz hat den gemeinsamen Entwurf der regionalen und absonderlichen Regelung auf Aufhebung der neutralen Zone angenommen. Die beteiligten Länder werden die neutrale Zone vom Staatler die zum Teilweise in Mazedonien belegen.

Handelsnachrichten.

Berliner Berichte vom 20. Februar.

An der heutigen Börse zeigte der Devisenmarkt eine bemerkenswerte Festigkeit. Schon in den Vormittagsstunden wurden Dollarkonten zu höheren Kursen angeboten. Bei den führenden Dollarkonten lagen feste Kaufaufträge der Industrie vor, die das Kursniveau langsam, aber stetig in die Höhe trieben. Die Abgabe der Reichsbank hielten diese Kaufwelle nicht auf. Im freien Verkehr ergab der Dollar schließlich gegen 25 000.

Für den Effektenverkehr war die Börse heute geschlossen; im freien Verkehr war die Tendenz, beeinflusst durch die Entwertung des Devisenmarktes, fest.

Die Rohstoffe der Börse verhielt sich etwas freundlicher. Der Handel zeigte größere Kaufinteresse, und auch bei den Metallen bestand Neigung, sich einzudeckeln. Der Bedarf konnte indessen kaum gedeckt werden, da das Angebot der Erzeugung gering blieb. Die Preise sind infolge der antiken Devisenkrise etwas erhöht. Was dem gleichen Grunde beginnt sich auch die Einfuhr ausländischer Waren wieder schwieriger zu gestalten.

Der Stand der Markt.

Es folgte nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am 20. 21. 1914

1 holländischer Gulden	1102	7830	1,67 3/4
1 belgischer Franc	1237	1047	0,80
1 dänische Krone	4432	3780	1,12
1 schwedische Krone	2308	112	1,12
1 holländische Gine	1122	945	0,80
1 englischer Pfund	10772	32763	20,-
1 Dollar	3212	19861	4,20
1 französischer Franc	1406	1198	0,80
1 spanischer Franc	692	560	0,80
1 holländische Gine	692	560	0,80

Warenumsatz.

Mittagsbörse. (Ank.) Preise für 50 1/2 als Station: Weizen Markt 60 000. Roggen Markt 49 000 bis 50 000. Sommererle 47 000—48 000. Getreide 43 000 bis 44 000. Hafer Markt 43 000—44 000. Mais loco Berlin 59 000—60 000. Weizenmehl (100 Kilos) 145 000—160 000. Roggenmehl (100 Kilos) 135 000—145 000. Weizenkleie 30 000 bis 32 000. Roggenkleie 24 000—25 000. Raps 100 000 bis 105 000. Altsilbererze 80 000—90 000. Kleine Speiseerze 60 000—70 000. Zinkerze 20 000—110 000. Silbererze 60 000—70 000. Eisen 30 000—110 000. Zinn 120 000—150 000. Kupfer 30 000. Zink 20 000—21 000. Wolframsäure 30 000. Stroh 10 000—10 000 Markt.

Größte Handelspreise für 50 Pfund als Station: Drahtweizen 30 000—70 000, gelbe 30 000—110 000. Gerstena 120 000—150 000. Weizen 30 000. Zink 20 000—21 000. Wolframsäure 30 000. Stroh 10 000—10 000 Markt.

Gen und Strich.

Größte Handelspreise für 50 Pfund als Station: Drahtweizen 30 000—70 000, gelbe 30 000—110 000. Gerstena 120 000—150 000. Weizen 30 000. Zink 20 000—21 000. Wolframsäure 30 000. Stroh 10 000—10 000 Markt.

Drängelungen im Landtag.

Berlin, 20. Februar.

Präsident Reinerz eröffnet die heutige Sitzung mit einem scharfen Protest gegen die französischen Übergriffe im Ruhrgebiet; er gedenkt dann der Opfer der Grubenkatastrophe in der Zeitzgrube. Bei der zweiten Beratung des Zusatzantrags der Justizverwaltung wird zunächst ein kommunalistischer Antrag als geschäftlich ordnungsgemäß zurückgewiesen, worauf zu einer Erklärung von den Kommunisten eingebracht wurde. Dieser Antrag beschränkt die Regierung aufzufordern, ungehindert Maßnahmen zur Abwendung der Not zu treffen. Es kommt dabei zu den üblichen Anreden.

Während der Ausführungen des Berichterstatters für den Justizhaushalt, Abg. Dr. Hölzer (Nachschiff (Dem.) kommt es zu neuen kühnen Unterbrechungen durch die Kommunisten, wobei sich Frau Wolfstein einen Debatteverlauf zusieht. Sie hat u. a. gegen die Festsetzung der Redezeit auf 1/4 Stunde für jede Fraktion protestiert.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärt als erster Redner in der Aussprache, daß auch er gern eine längere Redezeit gewünscht hätte. Das entsetzt einen neuen Entrüstungsausbruch der Kommunisten. Diese drängen auf den Redner zu. Der Abg. Paul Hoffmann (Komm.) will nicht nachgeben. Er wird von den Sozialisten, die ihren Redner bedrücken, die Treppe hinuntergeworfen. Es entsteht ein wildes Handgemenge. Inzwischen hat Vizepräsident Dr. Reinerz seinen Sitz verlassen; damit ist gegen 13 Uhr die Sitzung unterbrochen.

Weniger Französisch in den Schulen.

Nach dem Reichstage.

Berlin, 20. Februar.

In der heute fortgesetzten Einzelberatung des Zusatzantrages des Reichsministeriums des Innern debattierte Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) die ablehnende Haltung, die die meisten Hochschullehrer der Republik gegenüber einnehmen. Abg. Frau Dr. May (D. Sp.) fordert eine Angleichung der Schulen in den einzelnen Ländern. Staatssekretär Schulz teilt mit, daß das Verbot der Hochschulen dem Reichstag vorliegt. Der Antrag der Hochschullehrer war es nicht möglich, die deutschen Länder zu einer einheitlichen Auffassung zu bringen. Maßgebend sind die meisten Länder für die einsprachige Schule erklären. Abg. Dr. Lutzer (D. Sp.) erklärt, die akademische Jugend werde immer auf der Seite derer sein, die fernstudieren sind, absolute Vornehmheit zeigen und den größten Idealismus haben.

Angenommen wird ein gemeinsamer Antrag der räumlichen Berücksichtigung der englischen und französischen Sprache auf Kosten des Französischen ermöglicht.

Bei der Wählerfrage fordert Abg. Meyer-Quidau (Soz.) ein Reichswahlrechtsgesetz.

Nach längerer Aussprache, in der verschiedene Eingekommene vorgebracht wurden, wurde die Weiterberatung auf Vertag vertagt.

Rissel.

Roman von Max von Wittenburg

46 (Nachdruck verboten.)

So sprach die Mutter in dieser Bewegung. Emma dreht sich gewisslos eine gewisse Weile, während die Mutter diese Worte hinworf, aber Frau Ehard wußte nicht, ob diese Weile nur aus dem teilnahmsvollen Mitleid, welches sie für die Frau besaß, die ihr eine mütterliche Freundschaft geworden, hervorge, oder ob sie aus ein wärmeres Empfinden zurückzuführen sei, das Frau in ihrer Seele wachgerufen. Sie hielt die Hand des jungen Mädchens in der ihren und sann über die Wege nach, welche sie einschlagen mußte, um Klarheit über die Empfindungen Emmas zu erlangen, als diese plötzlich die traurigen Haare aus der Stirn zurückstreichend, mit leiser Stimme sprach:

„Sie wissen nicht, gnädige Frau, wie sehr mich das Vertrauen erbt, das Sie mir beweisen, indem Sie mir Einblick gewähren in Ihre Seelen- und Herzensleben, aber eben weil es mich erbt, drückt mich anderses. Ich weiß nicht, daß Sie vielleicht durch mein eigenes Verhalten eine ferne Meinung von mir haben, oder ich Ihnen eigentlich in anderem Sinne erscheinen, als es mir zukommt. Vertrauen voll, ohne zu fragen oder zu forschen, haben Sie mir und der Großmutter Ihr Haus geöffnet, haben uns Aufnahme gewährt, nicht als ob wir fremde Wanderer wären, sondern als ob Bande der Freundschaft uns mit Ihnen verbinden würden. Geben Sie, daß unsere Beziehungen nach und nach durch das Zusammenleben, durch Ihre Erkanntnis, immer und immer gewonnen, als Sie es in der ersten Stunde gewonnen, aber ich sage mir doch schon unzweifelhaft, daß die Güte und Herzenswärme, die Sie uns Fremden von allem Anfang an entgegengebracht, uns im Grunde genommen die Pflicht auferlegt, offen und ehrlich zu sein.“

„So habe das auch der...“ zögernd hielt sie einen Augenblick inne und sagte dann mit einer gewissen Unruhe hinzu, „der Großmutter gesagt und sie darf hingewiesen, daß mir verstanden wären, reiner Ehrlich zu machen und Ihnen alles zu sagen, was mir bisher vorkam, aber mit der eigenartigen Fähigkeit, die ich Ihnen schon oft zeigen zu sein pflegte, wollte

ke davon nichts wissen. Sie behauptete, in meinem Interesse schweigen zu müssen, ich aber fühle mich unfähig, diese Rolle weiter zu spielen, die mir Ihrer Güte gegenüber die ein Betrug vorkommt; und deshalb gestatten Sie mir, einmal wenigstens frei, offen, rückhaltlos mit Ihnen zu sprechen.“

Emma horst hielt hoch aufmerkend inne und Frau Ehard betrachtete sie mit dem Ausdruck sorgenvoller Spannung, sich die ängstliche Frage stellend, was sie denn wohl zu hören bekommen werde, ob das, was Emma aussprach, den unklaren Aufschlüssen, denen sie sich zuweilen hingab, den Boden unter den Füßen wegziehen würde.

„Am mehrer Befähigerin, Regleiterin, Großmutter, wie immer Sie sie nennen wollen, Leid zu erfahren, bitte ich Sie, verzeihe Frau, ihr fürs erste nichts von dem zu sagen, was ich Ihnen gegenüber ausgesprochen habe. Ich bin nicht die, die ich meine, bin nicht die Entlein Dame Nichte, und heiße auch nicht Emma Horst; trotzdem seien Sie überzeugt, daß kein Unrecht sich hinter der Fassung birgt, die ich besaßen, sondern daß nur, weil ich unter einem gewissen Maß der auf mich selbst und mich zu erheben drohte, ich mich gegungen sah, einen Schritt zu tun, der nur von jenen beurteilt werden könnte, die einzig und allein nach dem inneren Buchstaben des Gesetzes urteilen, und nicht bedenken, daß es auch Ehard urteilt, die keine Frau, die sich ihre Selbstachtung erhalten will, auf die Dauer zu ertragen fähig ist. Ich wähle mit Vorsatz und Absicht das Wort Frau, denn in diesem liegt ja eigentlich die Stellung meines Bestimmtes. Sie, meine teure, mütterliche Freundin, sind sicherlich zu voreinem veranlagt, um ohne Aufklärung ohne meine Rechtfertigung zu verurteilen, den Ehard aber mich zu verstehen. Ich will aber auch, um einen anderen zu sprechen, diese Rechtfertigung in Ihren Worten nicht aussprechen kann, so mögen Sie doch immerhin die heilige Versicherung entgegennehmen, daß nichts, was ich getan oder unterlassen, mich vor mir selbst unvert erweisen läßt, Ihnen frei und offen ins Auge zu blicken. Selbst wenn ich jetzt vor Gottes Richterstuhl stehen würde, könnte ich nur die Erklärung abgeben, daß eine unüberwindliche Notwendigkeit mich zwang, so und nicht anders zu handeln.“

„So war bemerkbar, aber nicht die Liebe, sondern nur äußere, zwingende Verhältnisse haben mich dazu gebracht, diese Ehe zu schließen, und als schwere Konflikte in mein Leben traten, tat ich mein Möglichstes, um die Fesseln zu sprengen, an der mein Herz zu zerbrechen drohte. Erst als ich zu meiner sorglosen Verzeihung erkennen lernte, daß all mein Mühen, mein Kämpfen und Ringen vergeblich sei, daß nichts auf Erden den Mann, der ich wieder lieben noch lieben lernte, dazu veranlassen würde, mich freizulassen, erst dann nahm ich mein Schicksal selbst in die Hand und errang mir mit Gewalt die Freiheit, die er mir wehrte.“

„Dortlos entließ ich aus meinem Hause, und da ich verlassen, einsam, hilflos abgehenden, wußte ich mir keinen anderen Ausweg als jenen, zu der treuen Pflegerin meines Kindes zu eilen und mit der stehenden Bitte um sie heranzutreten, mir Othob und Schutz zu gewähren. Sie verstand es, jede Spur zu verwischen, welche es erwidrigt haben würde, mich zu finden, und die gute, treue Wirtin nahm mich ohne zu fragen, zu deuten, zu zweifeln an ihr Herz. So, mehr als das, sie erbot mir die Erde und wußte dazu den Umständen aus, daß der Tod hier, kurz bevor ich über die Schwelle ihres Hauses trat, die Fesseln entriß.“

„Mit den Papieren der Beschuldigen aufgeschaltet, begleitete ich Sie als Sie mir zuliebe die Heimat verließ, um sich hier in der fremde ein neues Dasein zu gründen. Das dieses uns leichter und schöner gemacht werden sollte, als mir es uns jemals hätten träumen lassen, das haben wir nur Ihnen zu danken, und eben diese Dankeschuld hat mich veranlaßt, es als dringende Pflicht zu erkennen, Ihnen die volle, ungeschminkte Wahrheit zu sagen und nicht länger unter einem falschen Schein ein Mitleid des Hauses zu sein.“

Gedenket d. hungernden Vögel.

(S. 11. u. 12. u. 13.)

Was sind Spekulationsgewinne im Sinne des Einkommensteuergesetzes? In dieser Zeit, in der sich nicht nur berufsmäßige Spekulation auf den Effektenmärkten unternimmt, sondern sich breite Schichten der Bevölkerung mit dem An- und Verkauf von Wertpapieren beschäftigen, tritt an viele der Abgabe der Einkommensteuer die Frage heran, was ist von diesen Börsengewinnen als Einkommen zu verstehen? Sehr begründet ist es daher, daß der Reichsminister der Finanzen zu dieser Frage in jüngster Zeit in einem Erlos-Erklärung genommen hat, dessen Inhalt zur Vermeidung der Abgabe der Steuererklärung an dieser Stelle der Allgemeinheit zugänglich gemacht sei. Voraussetzungen ist, daß Gewinne aus Veräußerungsgeschäften, stets als gewöhnliche Einkommen steuerpflichtig sind. Von diesen ist hier nicht die Rede, sondern nur von den Gewinnen, die aus einzelnen Veräußerungsgeschäften erzielt werden, die nicht zum Gewerbebetrieb eines Steuerpflichtigen gehören. Folgende Menschen sind Steuerpflichtig: 1. Diejenigen, die durch den Verkauf von Wertpapieren, anfangs wie es in früheren Zeiten fast ausschließlich auf Sparfüßen oder in Hypotheken oder in Staatspapieren unterzogen, in Wertpapieren anzulegen, die ihnen Aussicht bieten, durch Steigerung der Kurse sich vor dem raschen Sinken des Geldwertes zu bewahren. Wer so verfährt, ist, jedenfalls im Sinne des Einkommensteuergesetzes, nicht als Spekulant anzusehen, auch dann nicht, wenn er ihn und wieder so erworben Wertpapiere mit Gewinn veräußert, sei es, weil er das Geld anderweitig verwenden, sei es weil er andere Wertpapiere erwerben will. Der Veräußerungsgewinn, der ein Gewinn aus Veräußerung von Wertpapieren als Spekulationsgewinn steuerlich zu behandeln ist, ist, daß der Erwerb des veräußerten Gegenstandes zum Zwecke der Gewinnerzielung erfolgt ist, und wenn ein gelegentlicher Verkauf nur vorgenommen wird, um sich vor Rückschlägen oder gar drohenden tatsächlichen Verlusten zu bewahren, kann man nicht von dem durch die Veräußerung erzielten Gewinn als Spekulationsgewinn sprechen. Andererseits aber soll das G.G. die wahren Spekulationen voll mit ihrem Gewinn erfassen. Das wertliche Spekulationsgeschäft auch in kleinen gemacht werden, die sich in normalen Zeiten angänglich haben gehalten, ist bekannt. Aus gewissen Umständen wird die Steuerbehörde erkennen können, ob bei dem Steuerpflichtigen Spekulationsabsicht vorlag. Besonders deutliche Anhaltspunkte für die Absicht der Spekulation sind in dem Umfang der Geschäfte, in der Art der veräußerten Effekten und darin zu finden, ob der Steuerpflichtige häufiger solche Geschäfte vornimmt; ganz besonders auch dann, ob er zum Erwerb der veräußerten Gegenstände Wert dabei genommen hat und ob er in der Anlage seines Vermögens häufig wechselt. Gerade der letzte Gesichtspunkt ist so bedeutend, daß man ohne Weiteres auf Spekulationsabsicht schließen kann, wenn ein Steuerpflichtiger ein Wertpapier nicht länger als 2 Monate im Besitz behält. Es sind daher unter allen Umständen alle Gewinne und Veräußerungen von Gegenständen in der Einkommensteuererklärung anzugeben, bei denen die Besitzzeit weniger als 2 Monate betragen hat. Man muß es aber, um sich vor lästigen Ermittlungen, ja vor möglichen Strafverfahren zu schützen, sorgfältige Aufstellungen über alle getätigten Veräußerungsgeschäfte als Anlage zur Steuererklärung einzureichen, um so dem Finanzamt die Möglichkeit zu geben, die Frage zu entscheiden, ob steuerbare Gewinne vorliegen oder nicht. Verschweigung oder fahrlässige Nichtangabe solcher Gewinne wird und muß im Interesse der Allgemeinheit streng geahndet werden.

Unter Naturalpönde der Gemeinden Nassau-Dillenburg-Bernsdorf muß es in voriger Nummer statt 1/2 Zentner 1 1/2 Zentner Mehl heißen.

Ein Landhausbauverein wurde vor kurzem hier ins Leben gerufen. Wirtschaftliche Auffassung und Vinderung vorhandener Not sollen die Ziele des Vereins sein. Die Vereinsbeiträge werden hauptsächlich aus Naturalien, die Mitglieder den zugute kommen sollen, bestehen.

Naumburg, (Strafammer) 17. Febr. Der Transportarbeiter Heinrich Gäßlein aus Naumburg und der Schuhmacher Alois Häbler aus Naumburg haben von dem in der Nähe der Rudelsburg stehenden Bismarckdenkmal Helm, Krone und Korb des Kaisers, sämtliche Teile aus Kupfer bestehend, abgebrochen und unter Mithilfe des Porzellandrehers Schmiedtke an den Händler Fiedler in Weiskensfeld verkauft. Es wurden dreizehn Stücke zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, Häbler zu 3 Jahren Zuchthaus, Schmiedtke zu 9 und Fiedler zu 6 Monaten Gefängnis.

18. Febr. Dr. Landarb-ist Kurt Gummert aus Runkel, Bergarbeiter Bill Hermann, Schleifer Richard Bergand, Bergarbeiter Ernst Jacob, Arbeiter Hermann Rudolf aus Teuchern sind geblüht, in die Scheune des Kreisbesitzes 3 Stroh in Muthal eingeschoben zu sein und daraus 10 Ztr. Weizen gehoben, ferner die Angelegten 1,3 dem De-fonomen Landmann in Muthal 5 Zentner Weizen entwendet zu haben. Es erhielten Gummert 2 Jahr Gef., Hermann 2 Jahr Zuchthaus, Bergand und Rudolf je 1 Jahr 6 Monate Gef., Jacob 1 Jahr Gefängnis.

Wegen Entwendung von Metzen von Grube Naumburg wurde der Kipper Emil Schürmer aus Döben mit 100000 Mark Geldstrafe, Bergarbeiter Fern. Eichhorn und Bill Dietrich aus Döben mit je 50000 Mk. Geldstrafe belegt. Handelsmann Dawinski in Teuchern hat das Eisen gestohlen, das ihm der Kauf von dessen Tochter nicht gebracht werden, weshalb gegen E. wegen Unterschlagung auf 4 Monate Gef. erkannt wird.

Leipzig, 20. Febr. Als erste Angeklagte haben sich vor dem hiesigen Senat des Saaberschloßes in seiner ersten Sitzung am 5. März zwei Heideberger Studenten wegen Beschimpfung der Reichsregierung verantworten. Außerdem wird gegen den Richter Karl Baas, den Kaufmann Karl Ehrenfort und den Vater Staber aus Jöhren (Bayern) wegen eines Sportvertrages auf Mathem. verhandelt.

Magdeburg. Hier wurde in Anwesenheit der staatlichen und städtischen Behörden sowie der Vertreter des Handels und der Industrie die Effektenbörse eröffnet, die vorläufig dreimal in der Woche stattfinden wird.

Glücksfall. Bei einem Einbruchdiebstahl fielen den Dieben eine silberne Wanne und Tisch mit in Werte von 20 Millionen Mark in die Hände.

Widrigkeiten. Durch Kohlenlosgang fand hier der Arbeiter Gieseler aus Gensin seinen Tod. Er hatte zur Er-wärmerung in ein kleines Häuschen ein Kohlenstück gestellt, das den kleinen Raum schnell mit giftigen Gasen füllte.

Gegen Freitreiberei und Schleichhandel. Im Reichsausschuß wurde ein Antrag der bayerischen Volkspartei, nach dem derjenige, der es unternimmt, Gegenstände, die der Reichswaldwirtschaft als lebenswichtig bezeichnet sind, ohne die erforderliche Genehmigung aus dem Reichsgebiet auszuführen, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei Milderungsumständen mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft wird. Neben der Freiheitsstrafe soll auch auf Geldstrafen von mindestens 50000 Mk. erkannt werden. Das Höchstmaß der Geldstrafe soll unbeschränkt bleiben. Ferner werden die Strafen gegen Schleichhandel, vorzüglich Preissteigerung und vorzüglich verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände dahin verschärft, daß in besonders schweren Fällen Zuchthausstrafe bis zu 15 Jahren und Geldstrafe von mindestens 100000 Mark eintreten. Das Höchstmaß der Geldstrafe soll unbeschränkt sein.

Alterlei aus aller Welt.

Polypende für deutsche Studenten. Der Papst hat auf Ansuchen des Deutschen Fürstbischöflichen Kollegiums durch Vermittlung des Kardinal-Erzbischofs von München, Dr. Faulhaber, wiederum 40000 Lire (zurzeit gleich 30 bis 40 Millionen Mark) zur Verfügung gestellt, um bedürftigen lungenkranken Studierenden der deutschen Hochschulen einen Kurzaufenthalt zu ermöglichen. Die neue Spende ist für bedürftige Studierende aller Bekenntnisse bestimmt.

Ein Gymnasialist als Banknotenfälscher. In Mannheim wurde der Angeber eines falschen 10000-Mark-Scheines in der Person eines 20-jährigen Schülers einer höheren Lehranstalt festgenommen. Bei ihm wurden noch sechs falsche 10000-Mark-Scheine gefunden. Der Verhaftete kommt als Mittäter in Betracht. Dem Hauptfälscher ist man auf der Spur. Der Angeber hatte bei einem Brezelverkäufer einen 10000-Markschein wechseln lassen.

Franzosenkloster. Zwei Mädchen aus Remscheid, die sich in Lennep mit Franzosen amüsiert hatten, mußten infolge der drohenden Haltung der Lennep-Bevölkerung unter militärischen Schutz zum Zug gebracht werden. Wäre ihnen das Verbot misslungen, hätten ihnen nach dem unbesetzten Remscheid gefolgt und haben ihnen die Haare abgehauen. Von der Bevölkerung wurden sie dann barhaupt durch die Straßen getrieben.

Unterstützung französischer Blätter durch deutsche Geschäftsleute. Während die deutsche Presse schwer um ihr Dasein ringt und oft vergeblich versucht, von der deutschen Geschäftswelt Anzeigen zu erhalten, wird das französische „Echo du Rhin“ immer noch ausgiebig von deutschen Geschäftsleuten mit Anzeigen bedacht. Man sollte es nicht für möglich halten, daß deutsche Geschäftsleute es auch nach der Besetzung des Ruhrgebietes fertig bringen, diesem „Echo“ Anzeigen zuzuführen, und zwar in einem Umfang, daß das „Echo du Rhin“ täglich Anzeigen auf drei Seiten aufweist. Gedankenlos, wie der Deutsche ist, denkt er sich vermutlich bei solchen Verbalten nichts. Deshalb ist es notwendig, darauf hinzuwirken, daß die in Frage kommenden Geschäftsleute durch Aufklärung von ihrem, das deutsche Interesse schädigenden Tun ablassen.

Entgangene Schätze. Französische Gendarmen drangen in das Hauptquartier Koblenz ein und verlangten Geld und die Kassenschlüssel. Dem Postsuperintendenten Wanderscheid gelang es, fünf Millionen Mark zum Fenster hinaus zu werfen und den Kassenschlüssel zuzuschlagen. Ein anderer Postbeamter, der sich draußen aufhielt, fing das Geld auf und brachte es in Sicherheit. Die Franzosen, die hierüber aufgebraut waren, schlugen mit Häufchen auf Wanderscheid ein und schleppten ihn gefesselt ins Gefängnis.

Französische Galeerenslaven. Montag nachmittags haben die Franzosen im Hafen Mathias Stinnes, in der Nähe von Genau, mehrere deutsche Schiffe beschlagnahmt, die Besatzung mit Gewalt hinausgeworfen und ihr Eigentum in den Kanal geworfen.

Polnische Wirtschaft. In Polen beabsichtigt man demnächst als theoretische und praktische Wertigkeit des Roth einzuführen, um danach die Preise zu regulieren. Die Wirkung dieser Maßnahme macht sich schon jetzt unangenehmer Weise bemerkbar. Seit dem Eintreffen des Planes steigen nämlich die Preise aller Werte in dem Bestreben, sich in raschem Tempo den Weltmarktpreisen anzupassen. Das Tempo der Teuerung ist so rasend geworden, wie es noch niemals zu beobachten war.

Der „Rote“ Koblenz. Am Montag fand in Warzahn eine große Koblenzkonferenz statt. Am Koblenz-Kongress wurden mehrere wichtige Beschlüsse gefasst. Erzbischof Kalkowsky hielt einen Festgottesdienst ab, an dem die Epikop der Behörden und die fremden Diplomaten teilnahmen. Nachmittags fand im Rathaus ein Festvortrag und abends in Anwesenheit des Staatspräsidenten eine Galaveranstaltung in der Oper statt. (Beschlüsse nehmen die Polen den guten Deutschen Koblenz für sich in Anspruch, weil er zu-fällig auf polnischem Gebiet geboren ist.)

Der 50-Mark-Brief und die Postkarte für 25 Brief über mit Ende Februar auf. Dem Postamt der Brief 100 Mark, die Postkarte 40 M. Der also sein Herz noch einmal glücklich anschauen will, mache sich in diesen Tagen an die Arbeit, denn 100 M. werden doch nicht mehr so leicht angelegt werden. Auch die Postkarte wird mit dem Papier fast 50 M. kosten.

Befähigte Autosfahrer. Ein beiläufiges Sammlerstück auf der Straße Noers-Büschendorf mit einem Führer zusammen, wobei der Fahrer schwer verletzt wurde. Der rücksichtslos weiterfahrende Kraftwagen überfuhr noch an einer Kurve mehrere deutsche Personen. Der Führer des Autos, ein belgischer Soldat, wurde selbst hinausgeschleudert, erlitt aber keine erhebliche Verletzung.

Schneestürme in England. Infolge außerordentlich schwerer Schneestürme sind während der letzten Tage zahlreiche Dörfer in den nördlichen und mittleren Grafschaften Englands und Schottlands vom Verkehr abgeschnitten worden. In Derbyshire sind 60 Dörfer abgeschnitten. Mehrere Eisenbahnlinien sind durch Schneewehe von 10 Fuß Höhe gesperrt.

Die letzten Meldungen.

Berlin, 20. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung eine Protestnote gegen die Terrorakte der französischen Besatzung in Gelsenkirchen zu übermitteln. Die Regierung fordert, daß die Besatzung, die immer noch festgehalten werden, zur Vornahme der ihnen angeordneten Militär in ein Kriegsgericht gestellt werden sollen, insofern in Frage gestellt werden sollen.

Saarbrücken, 20. Februar. Der Gewerkschaftsführer Großmann vom Gewerkschaftsbund der Angestellten Hoch-Dauerlicher Richtung ist durch Verfügung der Regierungskommission mit 24stündiger Frist ausgewiesen worden.

Berlin. Das Vorgehen der amerikanischen Spähtruppen in Oberbaden hat bei den Ausländern und vor allem bei den amerikanischen Fremdenmissionen großen Unwillen erregt. Der französische Delegierte teilte der Presse mit, daß das Spähtruppen infolge der Wohnungsverhältnisse nach Mainz in Garnison sein werde.

Berlin, 21. Febr. Reichsminister Dr. Cuno äußerte sich einem Vertreter des „Belier Lloyd“ gegenüber über die Ziele der französischen-belgischen Politik, es bestehe in Europa kein Zweifel mehr, daß diese die übliche Auflösung des Deutschen Reiches und der Reichsgrenzen seien. Es habe für Deutschland nur ein Mittel gegeben, die Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, nämlich die Unterwerfung unter die Ziele der französischen Politik. Diese aber sei mit der Etablierung und der Anerkennung Deutschlands unvereinbar und müsse von keiner deutschen Regierung anerkannt werden.

Die Zahlung der endgültigen Grund-, Gebäude-, Gewerbes und Betriebssteuer für 1922 hat bis zum Sonnabend, den 24. Februar d. M., zu erfolgen. Wir machen darauf aufmerksam, daß nach dem 24. 2. rückständig gebliebene Beiträge sofort zwangsweise beigetrieben werden.

Leipzig, den 21. Febr. 1923. Der Magistrat.

Saatgetreide.
Original Strubes roter Schlankester
Sommerweizen und
Original von Lothows Gelbhafte
ist eingetroffen bei
Paul Friedrich, Leuchern u. Krauschwitz i. Gr.
Friedricher Str. 13, 317 und 274.

Wenn ich
neue Waren empfehle, so glauben
Hunderte an die Vorzüge der-
selben, gehen hin und kaufen.
Die Wirkung der Anzeigen
ist in den weiterverbrei-
ten „Wochentl. Anzei-
ger“ eine aner-
kann gut.

Warzen
Wer
tauscht Wohnung
beseitigt schnell und schmerz-
los Dr. Bülles Warzenzer-
störer. Zu haben bei
Curt Eitze, Drogerie.

Schlüssel gefunden
Gartenstr. 14, I. Et.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 137, 139 und 140 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. E. 198), der §§ 2, 12 und 16 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. E. 265) und des § 1 des Reichsgesetzes zur Ermächtigung des Bundespräsidenten vom 2. Dezember 1921 (R. G. Bl. S. 1604) verordne ich, bei ein Fall vorliegend, welcher keinen Aufschub gestattet, vor Einholung der Zustimmung des Provinzialrates unter Aufhebung meiner Polizeiverordnung über den gleichen Gegenstand vom 24. Januar 1923 (Amtsblatt Magdeburg E. 23, Merseburg E. 19-20, Erfurt E. 22) für den Umfang der Provinz Sachsen folgendes:

§ 1. Die Polizeistunde im Sinne des § 365 des Reichsgesetzbuches wird für Kaffee-, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, sowie für Theater, Lichtspielvorführungen, Varietés, Kabarets und für alle Darbietungen, welche bei gewerbemäßiger Veranstaltung einer Erlaubnis nach § 33a der Reichsgesetzgebung bedürfen, auf 11 Uhr abends, für Sonnabend und Sonntag auf 12 Uhr abends, festgesetzt.

§ 2. Öffentliche Tanzlustbarkeiten dürfen nur Sonnabends, Sonntags und an den 2. Feiertagen der drei großen Feste und nur bis zur Polizeistunde stattfinden.

§ 3. Der Ausschank von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16 Jahren ist den Inhabern und Bedienungspersonen von Kaffee-, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften unterliegt. Die Inhaber der Wirtschaften sind verpflichtet, dieses Verbot in den Wirtschaftsräumen durch ein deutlich sichtbares Plakat bekannt zu machen.

§ 4. Inhaber, Wirte, deren Stellvertreter oder private Bediensteter, welche die Vorschriften dieser Verordnung übertreten oder eine Übertretung durch ihre Stellvertreter oder Angestellten dulden, sowie Gäste, welche diesen Vorschriften zuwiderhandeln, werden, soweit nicht nach gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verhängt, mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft. Anstelle der Geldstrafe tritt beim Unvermögen desselben eine entsprechende Haftstrafe. Auch kann die Disziplinarbehörde die Polizeistunde bis auf 3 Uhr abends herabsetzen.

§ 5. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Weitergehende Vorschriften, insbesondere meine Provinzial-Verordnung vom 9. Dezember 1922, betreffend Schlachtabende für Destillationen, Liktoren usw. bleiben unberührt.

Magdeburg, den 15. Februar 1923.

Der Oberpräsident.

Vorstehende Polizeiverordnung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Die Disziplinarbehörden und die Herren Landjäger der Kreise ersuche ich, für strenge Durchführung der neuen Bestimmungen Sorge zu tragen und Zuwiderhandlungen unmissverständlich zu verfolgen.

Weissenfels, den 19. Februar 1923.

Der Landrat.

Nachtwächter-Stelle.

Die Nachtwächterstelle der Gemeinde Krauschwitz ist sofort neu zu besetzen. Wohnung vorhanden.

Bewerber wollen sich beim Unterzeichneten melden.
Der Gemeindevorsteher.

Wie denkt der Vorstand des Hausbesitzervereins über die bevorstehende Gemeindevwahl.

Ruhkinderhilfe der Provinz Sachsen.

Im Ruhrgebiet, im Rheinland wächst die Not der Kinder. Die Kinder dürfen weder leiblich noch geistig hungern! Um den Eltern die Sorge zu nehmen, müssen tausende von Kindern im unbesetzten Gebiet, besonders auf dem Lande, untergebracht werden.

Wer zur unentgeltlichen Aufnahme von Kindern bereit ist, wende sich bei dem unterzeichneten Carl Müller, Magdeburg, Otto von Guerickestraße 30, mit genauer Adresse und gebe die Anzahl der Kinder an, die er aufnehmen will.

Die Vergesellschaftung hat unentgeltliche ärztliche Versorgung angelegt. Alle Städte werden gebeten, ihre eigene Ruhkinderhilfe zu organisieren.

Professor Wendt, Dr. Faber, Otto Gruson, Deconomat Weide, Generalsuperintendent Jacobs, Bischof, Kommissar Propst Knoche, Oberstudiendirektor Kuhfuß, Dr. Löff, Carl Müller, Dr. Kabbethge, Schaefer-Kamp, Landbund der Prov. Sachsen, Professor Schreiber, Wilt, Thierkopf, Professor Boitz.



Schlachtpferde

ist die denkbar höchsten Tagespreise. Bei Rosschlachtungen entsprechende Preise und hohe schnellstens ab.

Gebr. Keffler,

Rohschlachtere und Speisehaus
Weissenfels.

Tel. 614.

Bemittelter erhalten hohe Provision.

Lichtspiele Weiße Wand

Abend! Nur 3 Tage.

Freitag, den 23., Sonnabend, den 24. und Sonntag, den 25. Februar.

6. und letzter Teil

Der rote Handschuh

betitelt

Der Triumph des Wildweitz-Mädels.

Ferner

Lorenzo Bughardt

Drama in 4 Akten.

Ersta noch 20 Minuten nur Lachen

Er - Harold Lloyd

der Welt bester Lustspiel-Darsteller.

Er steigt nach.

Vorführung 6 u. 8.30

Sonntag 2 1/2 Uhr Kindervorstellung.

Achtung. Achtung.

Gasthof zum grünen Baum.

Sonntag, den 25. Februar

Fußballer-Vergnügen.

(Näheres siehe Freitagnummer)

NB. Donnerstag, den 22. Februar abends 7 Uhr in Vornstein's Lokal Spielersitzung zu den Vergnügen Mitglieder, welche nicht erscheinen, können nicht berücksichtigt werden. Der Spielausschuss.



Gröben.

Sonnabend und Sonntag

Bockbierfest.

Es ladet ergebenst ein R. Knoch.

An-, Verkauf und Miete

von elektr. Maschinen in jeder Spannung und Größe.

Neu- und Umwicklungen

jeder Art schnellstens, evtl. Ersatz-Motor.

Ferner liefern wir:

Anlasser, Spannschienen, Kraftschdosen, Drehschabel, Motorschleppen und Wagen mit und ohne Montage.

Ankünfte, Ingenieurbesuche kostenlos und unverbindlich.

Ingenieurbüro für Elektrotechnik

R. Gottschalk, Bad-Lauchstedt,

Telefon: Amt Lauchstedt Nr. 12.

Übermittlung für Teuchern und Umgegend:

R. Gauß, Teuchern, Oberstr. 12.

Kreisarbeitsnachweis Teuchern.

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Geschäftszeit werktäglich von 8 1/2 - 1 Uhr.

Gesucht werden:

3 Räder, 2 Knecht, 2 Barschen bis 18 Jahren in die Landwirtschaft.

Stellen suchen:

Maurer, Zimmermann, 1 Mechaniker, 1 Dreher, jüngere Wirtschaftlerin.

Einen jüngeren, landwirtschaftl.

Tagelöhner

sucht zum sofortigen Eintritt

Otto Zausch, Ehortau.

Tolles Zahnweh

stillt Dr. Bussle's destill. Zahntropfen. Zu haben bei Curt Eitzo, Drogerie

Eisenbahnschienen

für Bauwerk, bis 6 m. lang preiswert zu verkaufen.

J. Hünor, Maschinenfabrik.

Kosmograph-Theater Teuchern : : Grüner Baum.

Anfang 6 und 8.30 Uhr.

Freitag, den 23. u. Sonnabend, den 24. Februar.

I.

Zwischen zwei Welten

oder

Das Geheimnis von San Franzisko.

II.

Der keusche Joseph

Lustspiel.

III.

Eine Naturaufnahme von Leipzig.

Gutgeheizter Saal. Musik - Hüttenrauch.

Wir bieten gute Sachen und bitten um zahlreichen Besuch.



Eingetroffen!

Beyers Modenfürer mit Schnittmaß, Favorit Moden-Album usw., Bobach Damen-Album usw.

Beste sind in der Buchhandlung zu erhalten.

Bestellungen auf alle Zeitungen werden angenommen

Buchhandlung von Otto Lieferenz.



Wer klug ist, deckt sich jetzt ein

Männerhemden, Damenhemden, Kinderkleidchen, Schürzen, Herrenjoppen, Hemdentuch, Blanddruck, Handtücher usw.

Kein Laden. Otto Görk. Teuchern. 17.

ff. Blut- und Leberwurst ff. Wurst ff. gek. Solemi ff. M. 8 200 ff. roten Schinken, ff. Kalbsleberwurst, ff. Zungenwurst, ff. Cervelatwurst, ff. Sätze, Gewürzte, Fappenknochen. Doan'sche Kapseln ein fließt billigt Paul Hergert.

Restaur. Runtal.

Sonntag, den 25. Febr.

gr. Preis-Stat

Freundlichst ladet ein

Fr. Hiesch

Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Tode und Begräbnisse meiner lieben Frau sage ich allen für die Geld- und Kranzspenden meinen besten Dank.

Teuchern, d. 21. 2. 23.

Der trauernde Gatte

Ed. Kerger und Verwandte.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen denen, die den Sarg so reich mit Blumenschmücken, unsern herzlichsten Dank, sowie den Meistern und Arbeitskollegen der Ziegelei v. Voss und dem Kriegerverein Prinz Friedrich Karl. Dank Herrn Oberpfarrer Plagemann für die trostreichen Worte am Grabe und der Stadtkapelle, welche unsere liebe Entschlafene zur letzten Ruhe geleitete.

Teuchern, d. 20. II.

Im Namen aller Hinterbliebenen

W Hinziger

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Wöchentliches Anzeiger für Tenshern und Umgebung



Abonnement: Die Schicksalshalle Kochstraße 50. — Nr. 22, Postamtstelle 100 — F.

Abgabe: Die Schicksalshalle dieses Blattes, Kochstraße 50, am nächsten Vormittag 9 Uhr. Größere und sonstiger Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Verlag: wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Schicksalshalle 420.00 RM, von unserer Post ins Ausland 445.00 RM Einzelnummer 40.00 RM

Druck: Die Schicksalshalle, Kochstraße 50, auch von unserer Post und allen Postämtern angenommen.

Amliches Verkündungsblatt für die Stadt Tenshern.

No 22

Donnerstag, den 22. Februar 1923.

62. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Bonar Law erklärte neuerdings im Unterhause, daß die Ruhrfrage vorläufig weder eine Intervention Empfehle noch des Vorkommens in Frage kommt.

— Poincaré gab im Kammerauschluß Erklärungen über die Aufhebung ab.

— Bei der allgemeinen Besichtigung von Geldbörsen in Belgien ist auch ein Teil der Ruhegebende, darunter ausländische Devisen, den Franzosen in die Hände gefallen.

— Der Oberbürgermeister Köttgen von Düsseldorf wurde verhaftet und ausgewiesen.

— Die Eisenbahnen der von den Franzosen neu besetzten Bahnhöfe der Linie Weis-Büren haben es abgelehnt, unter französischer Oberhoheit zu arbeiten, und sind deshalb von den Franzosen vertrieben worden.

— In Trier und Umgebung werden starke Truppenkonzentrationen beobachtet. Man zählte 15 Militärzüge mit Artillerie, Trains und Munitionswagen.

— In der Gegend von Mons treffen die belgischen Bergarbeiter demnach vollständig. Von 37 000 befinden sich 25 000 im Zustand.

Hilfe von England?

— Immer noch gibt es bei uns in Deutschland zahlreiche Leute, die da glauben, England würde uns schließlich helfen. England könne es nicht dulden, daß Frankreich Deutschland und damit den Rest des kontinental-europäischen Wirtschaftslebens zerlege und sich zum mächtigsten und wirtschaftlichen Herrn Europas mache. England müsse und werde daher eines Tages eingreifen.

— Aber liegen denn die Dinge wirklich so? Der Verlauf der letzten Debatte im englischen Unterhause läßt wohl auch denen, die immer noch an England glauben, endlich die Augen geöffnet haben. Nicht die geringste praktische Hilfe haben wir von England



— Die Besetzung des Ruhrgebietes hat den französischen freundschaftlichen Beziehungen mit den Deutschen viel zu sehr in das Volk eingeschümmert, als daß dieses jetzt für Deutschland gegen Frankreich die Waffen ergreifen würde, die große englische Flotte hat im Weltkrieg ihr Prestige der Unüberwindlichkeit verloren. An der Küste des Kanals aber stehen starke französische Batterien, denen es heute ein Vergnügen ist, London zu beschlehen, hinter ihnen aber steht das heute größte und bestbewaffnete Heer der Welt, das einzige, das seine Kriegserklärung noch nicht abgelegt hat.

— Und nicht zuletzt: Die Besetzung des Ruhrgebietes, so gefährlich sie für die europäischen Wirtschaft auf die Dauer ist, hat der englischen Wirtschaft zunächst einen nicht zu unterschätzenden Vorteil gebracht. Sie hat eine quantitative der Kohlenversorgung Mitteleuropas durch den Ruhrgebiet, von Deutschland, Holland, und Frankreich aus mußten infolgedessen große Kohlenbestellungen in England ausgehen werden. Und der Engländer ist nicht der Mann, der eine solche Gelegenheit nicht auszunutzen sollte.

Wir Deutschen haben also vorerst im Kampfe gegen Frankreich nicht die geringste englische Hilfe zu erwarten. Darüber müssen wir uns klar sein. Wir können nichts anderes tun, als Deutschland der Verzweiflung Gottes empfehlen, sagte mit echt christlicher Heuchelei Lloyd George. Ein deutsches Sprichwort aber sagt: „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott!“ Und wenn wir auch waffenlos sind, wehrlos sind wir darum doch noch lange nicht, das zeigt der zähe passive Widerstand der Ruhrbevölkerung. Wenn das ganze deutsche Volk fest und in unergründlicher Einigkeit in der Abwehr zusammensteht, dann wird sich auch Poincaré die Hände ausbleiben. Dann erst aber werden wir auch andere helfend beibringen, früher nicht.

Der Angeklagte hat das Wort.

Poincaré über sein Ruhrabenteuer.

Am Montag hat Poincaré dem Kammerauschluß für außerordentliche Angelegenheiten die angeklagten Erklärungen über die Lage im Ruhrgebiet und im nahen Osten abgegeben. Seine Rede wurde jedoch nach 3/4 Stunden unterbrochen um nächste Woche fortgesetzt zu werden.

Poincaré sprach zunächst über die Remeter Frage. Er verwarf dabei nicht die Schwerkriegsgeheimnisse, die aus der Haltung der kaiserlichen Regierung entstanden sind und die noch fortdauern. Die Ruhe ist noch keineswegs hergestellt. In der Gegend von Kovono sind neue Truppenbewegungen festzustellen, durch die Polen in hohem Grade sich beunruhigt fühlt. Nach diesem Teil seiner Ausführungen wandte sich Poincaré den Umständen zu, die zur

Besetzung des Ruhrgebietes

führen, wobei er auf Grund von Dokumenten eine Darstellung der sogenannten abschließlichen Verfassungen Deutschlands in den Reparationsfragen gab und die Notwendigkeit für Frankreich feststellte, Forderungen zu nehmen. Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes sei methodisch vorbereitet worden und habe nach einem schon vor langer Zeit festgestellten Plan stattgefunden. Die deutsche Regierung habe gleich in den ersten Tagen dieser Besetzung Frankreich Schwierigkeiten zu machen versucht. Sie habe sowohl im Eisenbahn- wie im Postverkehr die Angelegenheiten zum Arbeitsstand aufgeführt, wofür Beweise beigebracht werden können. Was der Statist über die bisherige Besetzung gab Poincaré folgende Einzelheiten bekannt:

Die Besetzung umfaßt im Ruhrgebiet 2800 Quadratkilometer, ein Gebiet, dessen jährliche Kohlenenergieerzeugung 80 Millionen Tonnen beträgt. Außerhalb der Besetzung blieben nur 500 Quadratkilometer mit 8 Millionen Tonnen Produktion übrig. Von 14 500 Kohlenfeldern sind 14 200 im Besetzungsgebiet eingeschrieben. Von einer Bevölkerung von 3/4 Millionen befinden sich 3 Millionen in dem durch die Zolllinie umschriebenen Besetzungsgebiet. Von 500 000 Bergarbeitern sind bloß 50 000 außerhalb des besetzten Gebietes beschäftigt. Mit einem Worte, neun Zehntel der Ruhrproduktion werden von Frankreich und Belgien kontrolliert.

Betreffe der militärischen Organisation rühmte Poincaré die Tätigkeit des Generals Depoutre, der ein Organisator von hohem Fähigkeiten ist. Neben ihm sei eine Abordnung von ungefähr 60 französischen, belgischen und italienischen Ingenieuren tätig, an deren Seite noch englische Ingenieure treten würden (?). Diese Abordnung steht unter der Leitung des Kommandeurs Cotte. Sie selbst ist nicht imstande, das Ruhrgebiet industriell auszubauen, das wäre unmöglich, sie kann es nur kontrollieren.

Der deutsche Widerstand.

So sehr Poincaré sich, hat sich in den letzten Tagen verheißt und hat sich durch Worte der Sabotage offenbart, die auf französischer Seite berechnete Strafmaßnahmen hervorgerufen haben. So sind 283 höhere Beamte des Rheinlandes und 50 Beamte des Ruhrgebietes trotz der Einbruchserklärungen der deutschen Regierung ausgewiesen worden. Andere wurden durch Kriegsgerichte zu Gefängnisstrafen verurteilt. Poincaré führte weiterhin aus, daß die Herrschaft über das Eisenbahnen im Ruhrgebiet zugleich den Schlüssel für die Restituten dieser Abzweigungen darstelle. Vor der französischen Besetzung arbeiteten in dem ganzen Gebiet 580 Personen und 620 Güterzüge mit einem Eisenbahnpersonal von mehr als 100 000 Angehörigen. Die Besetzung verfiel nur über 9 600 Angehörige, die aber, wie es scheint, dazu ausreichten, den fast verfallenen Betrieb wieder aufzustellen (?). Notwendigenfalls wären die französischen Eisenbahngesellschaften in der Lage, das ganze notwendige Personal zu stellen. Bisher seien mehr als 1000 Kohlenwa-

gen (?) in Frankreich eingelaufen. Ueber die Besetzung der englischen Zone gab Poincaré zum Schluß vertrauensvolle Mitteilungen bekannt.

Der Vorsitzende der Kommission, Lehges, dankte Poincaré für seine bisherigen Erklärungen, die es der Kommission erlauben, sich über die Möglichkeiten der auswärtigen Politik Frankreichs und die großen und festen Methoden, die zum Schutze der französischen Interessen angewandt werden, Neugierigkeit abzulegen. Jegendliche Beschäfte wurden noch nicht geklärt.

Ein weißer Kabe.

In der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ wird eine Unterredung mit dem früheren Oberkommandierenden der alliierten Truppen im Orient, General Sarrail veröffentlicht. Sarrail wendet sich scharf gegen Poincarés Politik im Ruhrgebiet und am Rhein. Diese Politik brauche Frankreich für immer des Rufes des Edelmut. Das einzig sichere Ergebnis der Ruhr-Expedition seien die Kosten. Die von Poincaré versprochenen Tausende von Tonnen Kohlen seien ausgeblieben. Sarrail schließt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß Frankreich jetzt von England verlassen, von ganz Europa gehaßt und von Deutschland für immer verabscheut werde.

Englands abwartende Haltung.

Die Jordaner der Entente wünschenswert.

Im englischen Unterhause antwortete Bonar Law auf verschiedene Anfragen, die englische Regierung habe verschiedene Beschläge mit den französischen Vertretern (de Trocquer usw.) beprochen, er hätte es aber für inopportun, jetzt schon eine Erklärung darüber abzugeben.

Die Debatte über die Thronrede wurde sodann durch Fisher, das frühere Kabinetmitglied, fortgesetzt, der den gemeinsamen liberalen Antrag vorbrachte, nach dem die Reparationsfrage dem Völkerbunde zur Entscheidung unterbreitet werden soll. Auch die amerikanische Regierung soll dazu eingeladen werden. Der Redner betonte, wenn auch die Mehrheit des englischen Volkes nicht wünsche, sich an dem Ruhrabenteuer der französischen Regierung zu beteiligen, so sei es doch in die Verantwortung der Vorkriegsregierung zu legen, den beiden Ländern auch jetzt ein Recht aufrecht zu erhalten. Man fürchte aber in England, daß von Deutschland die Summe verlangt werde, die zu zahlen, es völlig aufzuhängen sei, und daß man dann dieses Dilemma dazu ausnutzen wird, die Besetzung auf unbestimmte Dauer auszudehnen. Für die Konservativen Partei sprach Lord Robert Cecil, er forderte, daß zuerst die praktischen Ergebnisse der Aktion abgewartet werden müssen, ehe das Parlament bestimmte Schritte fassen könne. Sollte die Reparationsfrage zwischen England und Frankreich für überhaupt kein europäisches Problem gelöst werden.

Ein Rede Lloyd Georges.

Darauf sprach Lloyd George, der ausführte, der vorliegende Antrag bedeute kein Nichtanerkennen für die Regierung, denn man stimme mit ihr darüber überein, daß die Fortdauer der Entente durch das wünschenswert sei. Diese Freundschaft jedoch verpflichte England keineswegs dazu, mit jeder Maßnahme jedes französischen Ministeriums einverstanden zu sein! Ein derartig scharfes Vorgehen der Franzosen sei in keinen einzigen Punkte der Reparationsfrage begründet. Er gab dann einen Überblick über die verschiedenen Vorschläge, die während seiner Amtszeit gemacht, aber ebenso wie diejenigen des Kabinetts Bonar Law von Poincaré zurückgewiesen worden seien. Die Reparationsansprüche seien gerechtfertigt, aber wenn die französische Aktion verfolge, seien auch die Reparationen verloren, wenn sie glück, seien die Kosten größer als der Erfolg gewesen. Der ursprüngliche Plan der Franzosen sei gescheitert, jetzt beschließen sie neue methodische Unterdrückungen und Zwangsenteinnahmen.

Bonar Laws Schlusswort.

Nach der Rede Lloyd Georges nahm Bonar Law das Wort zu folgenden Ausführungen: „Ich besennte mich, daß wir mit der jetzigen Lage zufrieden sind. Ich habe im Gegenteil schon auseinander-gesetzt, daß wir mit ihr sehr unzufrieden sind. Aber es würde die jetzige Situation nicht verbessern, wenn zu den anderen Gefahren, die Europa bedrohen, auch noch die Gewissheit käme, daß England mit Frankreich einverstanden sei.“

Bonar Law erklärte, der Ansicht nicht zustimmen zu können, daß bei einem Zusammengehen Englands mit Frankreich in der Ruhrfrage Deutschland die Bedingungen Frankreich annehmen würde, denn die französische Politik behält darin, Sanktionen zu ergreifen und unmittelbare Besetzungen durchzuführen. Bonar Law glaubt, daß Deutschland